

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzahl)
2 Mk. — Polzeitsungliste Nr. 3167

Inhalt:

Die Genossenschaftsbewegung (III. Gewerkschaft und Genossenschaft). — Kontraktbruch und Wortbruch. — Berlin, die rückständigste Stadt der Welt. — Fortschrittliche Stadtverwaltungen. — Die Arbeiterauswahlwahlen in Köln. — Zweifelsfragen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

Die Genossenschaftsbewegung.

III. Gewerkschaft und Genossenschaft.

Nachdem wir uns in Nr. 25 und 26 der „Gewerkschaft“ Wesen, Theorie und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung vor Augen geführt, gilt es nunmehr, aus all diesem die Nutzenwendung zu ziehen. Dazu bedarf es aber zuvor eines kurzen geschichtlichen Rückblicks der Konsumvereinsbewegung.

Als der große englische Sozialist Robert Owen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zu der Erkenntnis kam, daß durch die Ausmerzungen des Unternehmergebietes eine wesentliche Verbilligung und Verbesserung der Warenproduktion möglich sei, dachte man in Deutschland noch gar nicht an diese Möglichkeit. Das wunderbare Beispiel der Rochdaler Pioniere, jener 28 Flanellweber, die nach einem verunglückten Streik im Jahre 1811 unter ungeliebten Mühen und Opfern eine mittergütliche Genossenschaft schufen, wurde sehr viel später entsprechend gewürdigt. Erst in den 50er Jahren bildeten sich in Deutschland unter Schulze-Delitzschs Führung die Anfänge der Genossenschaften. Aber auch sie trugen, entsprechend ihrem Gründer, vorwiegend Kleinbürgerlichen Charakter. Damals begann der vergebliche Kampf des handwerksmäßigen Kleinbetriebs mit dem sich immer mehr bahnbrechenden maschinellen Großbetrieb. So sollten die Kredit- und Spargenossenschaften dem kleinen Mann billiges Kapital, Werkzeuge, Rohstoffe u. dgl. schaffen. Gewissermaßen als Anhängel hieran wurden die Konsumgenossenschaften gegründet. Es darf daher nicht wundernehmen, daß die Bewegung einen krämerhaften, dividendentüftelten Charakter bekam, der leider auch heute noch nicht ganz verschwunden ist und der besonders auch Vassalle seinerzeit veranlaßte, gegen die ganze Bewegung in seiner Agitation Stellung zu nehmen. Bis zum Beginn der 90er Jahre trübten die Konsumvereine in Deutschland denn auch kümmerlich ihr Leben in eng begrenzten Lokalorganisationen. Dann aber trat eine neue Epoche für die deutsche Konsumvereinsbewegung ein. Namentlich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wendeten die Arbeiter ihr erhöhtes Interesse diesen Dingen zu. Bald drangen sie in die entscheidenden Kreise hinein und gaben der ganzen Bewegung eine neue Signatur. 1894 wurde durch große Opfer und hohe Begeisterung (namentlich der sächsischen Konsumvereine) die Hamburger Grobkohlenaufgesellschaft errichtet. Damit war die Bahn frei für die weitere glänzende Entwicklung der deutschen Konsumvereine, wie wir sie in Nr. 26 bereits gekennzeichnet haben. Es verdient noch eine Episode der Erwähnung, die auch nach außen hin den Gegen-

satz der alten Schulze-Delitzschschen Genossenschaftsbewegung zu den modernen Konsumvereinen dokumentiert. Das ist nämlich die Trennung der Dr. Crüger'schen alten Richtung auf dem Genossenschaftstage zu Kreuznach 1901 von den auf freierer Grundlage aufgebauten Konsumgenossenschaften des neuen Zentralverbandes. Von den circa 1200 000 organisierten Konsumgenossenschaftlern Deutschlands sind gegenwärtig circa 800 000 im Zentralverband, während der Dr. Crüger'sche Verband noch keine 300 000 Mitglieder zählt.

Aber diese Zahlen können uns nur relativ mit Befriedigung erfüllen. Wenn man bedenkt, daß mehrere hunderttausend Mitglieder aus den Kreisen der Handwerksmeister, Beamten und kleinen Landwirte stammen, erscheint das eigentliche Arbeiterelement doch noch recht schwach genossenschaftlich organisiert. Während die Gewerkschaften bereits über ein zweimillionenheer verfügen, die politische Arbeiterbewegung gar 3¼ Millionen bei den letzten Wahlen auf die Beine brachte, haben die Konsumgenossenschaften höchstens 400 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in ihren eigenen Reihen. Darin muß unbedingt ein Wandel zum Besseren geschaffen werden! Wir werden daher die Frage ernstlich prüfen müssen:

Warum hat der Gewerkschaftler ein Interesse an der weiteren Ausdehnung der Konsumgenossenschaften?

Hier können wir nach all dem Gefagten ziemlich knapp sein. Halten wir uns noch einmal vor Augen, daß die soziale Frage freilich durch die Genossenschaften nicht gelöst werden kann. Wohl aber kann in erheblichem Maße eine Steigerung der Kaufkraft des Geldes erzielt werden! Und das ist gegenwärtig notwendiger denn je. Ist doch schon seit mehreren Jahren infolge der fortgesetzten Verteuerung der Lebens- und Genussmittel der Wert des Geldes im Sinken begriffen. Mit der sich steigenden Produktivität der Maschinen war bis vor einigen Jahren, wenn auch langsam steigend, eine vermehrte Kaufkraft des Geldes vor sich gegangen, die nach H. Calwer bis zu 2½ Proz. betragen sollte. Mit anderen Worten, für die gleiche Summe Geldes waren um 2½ Proz. mehr Waren usw. zu erhalten. Das ist nun aber völlig anders geworden und die durch Streiks, Stämpfe, Tarife usw. mühsam errungenen Lohnerhöhungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehen wieder verloren durch erhöhte Aufwendungen für Lebensmittel, Miete usw. Die gesamte Lebenshaltung droht also rückwärts statt vorwärts zu gehen! Da gilt es jetzt mehr denn je Mittel und Wege ausfindig zu machen, um dieser Tendenz der steigenden wirtschaftlichen Ausgaben Einhalt zu tun. Dies kann aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen am zweckmäßigsten gelingen durch mögliche Ausdehnung des Zwischenhandels, durch den organisierten Konsum und Einkauf. Es tritt in gewissen Grenzen eine Regelung der Produktion nach dem Bedarf ein, die jedem einzelnen Teilnehmer zutrifft. Aber nicht nur, daß der parasitäre Zwischenhandel ausgeschaltet wird, auch ein Druck auf die Preise der Waren auf dem Wirtschafts-

markte findet statt, vorausgesetzt, die Konsumvereine haben eine entsprechende Größe erlangt. Allerdings darf das Hauptgewicht nicht auf die zu erzielende möglichst hohe Dividende gelegt werden, sondern auf gute, billige Waren. Ein Teil des Reinertrages muß zurückgelegt werden für Gründung von Eigenproduktion, ein weiterer Teil vielleicht für einen *Kotfond* zugunsten der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. Besonders hierbei zeigt sich die nahe Verwandtschaft der Genossenschafts- und der Gewerkschaftsbewegung. Gerade gegenwärtig in der Ausperrungsära und der Zeit der monatelangen Kämpfe wird eine genossenschaftlich gut organisierte Arbeiterkraft viel widerstandsfähiger sein, wie jemand, der bei Krämer und Kleinbändler in Schulden steckt! Die Mittelstandsvereinigungen, Krämer usw. verbinden aus Eigeninteresse oftmals gegen die Konsumvereine Sturm zu laufen. Manches ist ihnen ja auch gelungen, indem die Gesetzgebung, die Behörden usw. zu Hilfe kamen! Als typisches Beispiel sei nur an Dresden erinnert, wo noch bis vor kurzem laut Arbeitsordnung unseren Kollegen verboten war, einem Konsumverein anzugehören. Natürlich hat das nichts genutzt. Es wurden eben die Frauen unserer Kollegen Mitglieder. So bequeme man sich kürzlich wieder zur Abschaffung dieses Verbots, weil es doch nichts genutzt hatte. Unsere Dresdener Kollegen werden wohl wissen, weshalb sie sich nicht durch Verbote einschüchtern lassen.

Die von den Händlern als Gegenmaßregel geschaffenen *Rabattvereine* sind natürlich nicht mit Konsumvereinen zu verwechseln. Die bei den ersten verabsolvierten Rabattmarken bzw. die Dividenden werden in der Regel durch schlechtere Ware, knapperes Gewicht oder verteuerte Preise wieder zugunsten des Händlers eingebracht. Die unrationelle Zerstückelung des Wareneinkaufs bleibt bestehen, ebenso die Existenz der zahlreichen Händler, die alle etwas für sich heraus schlagen wollen. In manchen Städten kommen auf 10 bis 15 Familien ein Kaufladen! Wie muß da der Konsumist übervorteilt werden, wenn alle diese Läden existieren wollen! Dies wird aber vermieden, wenn der organisierte Konsum die Warenverteilung vornimmt.

Bei planmäßiger Ausgestaltung kann auch, wie schon angedeutet, an die Eigenproduktion gedacht werden. Die Konsumvereine können alsdann als Arbeitgeber mitergünstige Arbeitsverhältnisse schaffen und damit vorbildlich wirken. Diese Seite der Genossenschaftsbewegung berührt besonders eng die Gewerkschaften. Auf dem diesjährigen Genossenschaftstag in Düsseldorf sind nun zwar in dieser Beziehung Unstimmigkeiten zutage getreten, die u. a. zur Auflösung des Tarifrats geführt haben. Wir bekennen hier, daß wir aus den Düsseldorfer Vorgängen nicht die Schlussfolgerung ziehen können, als würde nun das *Krämerprinzip*, das doch durch Abtrennung von den Krügerischen Vereinen im Schwinden begriffen war, wieder neu auferstehen. Wir glauben vielmehr, daß bei billiger Würdigung der ganzen Verhältnisse die Düsseldorfer Resolution eines Tages zu den Akten gelegt und durch eine bessere ersetzt wird, die auch den Gewerkschaften in jeder Beziehung gerecht wird.

Wir müssen aber aus den Düsseldorfer Vorgängen den unweigerlichen Schluss ziehen, daß die Durchdringung der Genossenschaften mit modernem gewerkschaftlichem Geiste am besten und schnellsten erfolgen kann durch den Masseneintritt der Gewerkschaftler in die Konsumvereine.

An unsere Kollegen richten wir deshalb die dringende Aufforderung, der Genossenschaftsbewegung durch Beitritt und Agitation neue Mitglieder zuzuführen. Namentlich die Familienväter werden gut tun, schon aus rein wirtschaftlichen Gründen ihren erheblichen Konsum an Waren usw. um 5 bis 10 Proz. billiger und besser zu beziehen, indem sie sich den Konsumvereinen anschließen. In denjenigen Filialen aber, wo eine nennenswerte Konsumvereinsbewegung nicht besteht, empfehlen wir den Ortsverwaltungen, Vorträge über die Genossenschaftsbewegung halten zu lassen, damit auf diese Weise die notwendige Vorarbeit geleistet wird, um dem Konsumvereinsgedanken eine Stätte zu bereiten, auf der er weiter gedeihen und reiche Früchte bringen kann für die organisierte Arbeiterkraft.

Kontraktbruch und Wortbruch.

In voriger Nummer der „Gewerkschaft“ haben wir den Kollegen vor Augen geführt, in welcher Art und Weise die Direktion der Sächsisch-Thüringischen Gaswerke in Vant-
Wilhelmshaven an ihren Arbeitern Kontraktbruch und Wortbruch verübte. Heute wollen wir diese Dinge einmal etwas kritisch beleuchten.

Jedem Leser der „Gewerkschaft“ wird klar geworden sein, daß die Abschaffung des Tarifes durch die Direktion ein starker Verstoß gegen Treu und Glauben ist, den man, wenn er von organisierten Arbeitern begangen wäre, diesen gehörig angelastet und der ohne Zweifel auch sein gerichtliches Nachspiel bekommen hätte. Unterhalb Jahr haben die Arbeiter zu den im Tarif geltenden Bedingungen gearbeitet, man hat bei der Uebernahme der Werke noch ausdrücklich den Arbeitern erklärt, daß die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter gelten sollen, schriftlich ist das allerdings nicht abgemacht, bei jeder passenden Gelegenheit hat man sich jedoch auf den Tarif berufen, und nun soll er mit einem Male nie gültig gewesen sein. Formell könnte der Gesellschaft eventuell Recht gegeben werden, wenn man aber die tatsächlichen Verhältnisse würdigt, ist dies nie und nimmer möglich. Und auf letzteres kommt es doch wohl in erster Linie an, denn man hat die Arbeiter in dem Glauben erhalten, daß alles so bleiben soll wie es war und die neue Verwaltung auch die Verbindlichkeiten der alten mit übernommen habe.

Der Kontraktbruch liegt aber auch noch darin, und hier qualifiziert er sich als doppelter Kontraktbruch, daß die Wechzahl der Arbeiter ohne Einhaltung der zweitägigen Kündigungsfrist entlassen werden sind. Erst nachdem die Klage beim Gewerbegericht anhängig gemacht war, verstand man sich dazu, für diese zwei Tage die Entschädigung zu zahlen. Für jeden denkenden Menschen liegt hier also der doppelte Kontraktbruch offen. Was veranlaßt nun die Gesellschaft zu diesem Gewaltakte? Zunächst vielleicht der nicht glänzende Ausgang der hiesigen Gaswerke. Die Gesellschaft wollte den Vertrag ableugnen und eine vage mündliche Vereinbarung an dessen Stelle setzen, um durch spätere Lohnrückzahlung die Dividende zu erhöhen. Vorläufig sollte zwar eine Verschlechterung der Verhältnisse nicht eintreten, was aber wäre denn dann der Zweck von der Ungültigkeitserklärung des Tarifvertrages gewesen? Das Verfahren ist zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. Das ist so das gewöhnliche Verfahren, man macht sich erst der formellen Verpflichtung bar, sucht die Organisation zu sprengen, indem man ihre besten Kräfte mäßregelt, um dann besseres Spiel mit den Arbeitern und der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu haben.

Nun zum Wortbruch. Auf Grund der Verhandlungen vom Montag, den 17. Juni, waren die Teilnehmer mit der Ueberzeugung nach Hause gegangen, daß durch Wiedereinstellung von 25 bis 30 Mann zu den in voriger Nummer erwähnten Bedingungen der Konflikt sein Ende finden sollte. Der Direktor erklärte auch noch dem Kollegen Weizner, er solle versuchen, die Geschichte zum Abschluss zu bringen. Die Arbeitervertreter mühten sich dann noch ab, um die Kollegen unter den vorgeschlagenen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Tage zu gewinnen; es gelang ihnen auch, allerdings wurde ihr Vorschlag nur mit knapper Majorität, mit 19 gegen 14 Stimmen angenommen. Am nächsten Tage kam es anders.

Der Arbeitgeberverband hat den bereits geschlossenen Frieden wieder zerstört und so die Veranlassung zum Wortbruch der Direktion gegeben. Herr Tapfen, der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, markierte den Ehrenretter der Gesellschaft. Er verteidigte bei der Zusammenkunft am Dienstagvormittag die Stellungnahme der Gaswerksverwaltung, indem er, wenigstens scheinbar, erklärte, daß der Arbeitgeberverband von Tarifverträgen überhaupt nichts hatte. Wenn ihm die Geschäftslage dazu einstimmig scheint, suche er selbstverständlich dies anzunehmen und die Löhne herabzusetzen, wie die Arbeiter, wenn ihnen die Lage günstig scheint, höhere Löhne zu erlangen suchen. Er steht also, ebenso wie die Gaswerksdirektion, auf dem Boden des erbarmungslosen, jedes moralischen Mantels ledigen Mänestampfes. Wir nehmen ihm diesen Standpunkt nicht übel, im Gegenteil, wir freuen uns seiner Offenheit, sie kleidet den Arbeitgeberverband viel besser, als wenn er von Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit, von arbeitserfreundlichem Unternehmervollwollen usw. heuchlerisch geredet hätte. Es freut uns dies so sehr, daß wir es hier ganz fest nageln und wir es stets wieder hervorheben werden, wenn die Herren Arbeitgeber wieder einmal die gekränkte Leberwurst spielen

wollen. Krieg ist ihre Parole. Auch die Tarifverträge sind für die Unternehmer nur dazu da, um bei günstiger Gelegenheit gebrochen zu werden. Sie müssen aber die Hände von den Verträgen lassen, wenn eine starke Macht dahinter steht. Nur eine starke Organisation kann ihre Verträge schützen. Nur wo die Macht ist, läßt sich das Recht halten. Das sollte die Kollegenschaft von Herrn Tapfen lernen, der ihr in lobenswerter Weise recht wohl zu beherzigende Ratschläge gegeben hat.

Unsere Mitglieder und überhaupt der gesamten organisierten Arbeiterschaft müssen wir aus dieser Veranlassung wieder zurufen: Stärkt unsere Kraft und mit ihr unsere Macht!

Der Kampf selber neigt in der Weise seinem Ende zu, als fast alle Ausgesperrten in andere Arbeit gebracht worden sind. A. W.

Berlin, die rückständigste Stadt der Welt.

Die Behandlung der dem bekannten Jahreswort des Professors Adolf Wagner aus dem diesjährigen evangelisch-sozialen Kongress in Straßburg zugrunde liegenden Materie durch die meisten bürgerlichen Zeitungen hat die Berliner Kollegenschaft veranlaßt, auch ihrerseits die Meinung hierzu auszudrücken. Viel bedeutend in ihrer Zahl, hatten sie sich am Mittwoch, den 26. Juni, in Mellers großem Saal eingefunden, um den Nachweis zu liefern, daß dieser Ausspruch: „Berlin ist die rückständigste Stadt der Welt“ in Wirklichkeit im vollen Umfange zutrifft. Als erster Redner entrollte der Stadtverordnete Genosse Hoffmann ein großzügiges Bild von der Berliner Kommunalpolitik, in dem er mit markanten Strichen die Rückständigkeit Berlins auf dem Gebiete der öffentlichen Hygiene, des Schulwesens, der Armenpflege und der Arbeiterpolitik zeichnete. Der auch nach der politischen Seite hin interessante Vortrag wurde mit reger Anteilnahme und lebhaftem Beifall entgegen genommen.

Nach diesem Referat ergriff Kollege Kay das Wort, um an der Hand einiger Beispiele aus der kommunalen Arbeiterpolitik Berlins die Rückständigkeit der Stadtverwaltung spezieller zu kennzeichnen. Die Mehrzahl dieser Details sind den Lesern der „Gewerkschaft“ zur Genüge bekannt. Mit besonderer Spannung wurde die Mitteilung entgegen genommen, daß die Firma Kaufmann, die das Aufschlagswesen von der Stadt Berlin in Nacht hat, den Aufschlag der Versammlungsplakate verweigerte, wahrscheinlich, um der weiteren Öffentlichkeit die Tatsache vorzuenthalten, daß auch die städtischen Arbeiter kritisch an das kommunalpolitische Wirken der Stadt heranzutreten gezwungen sind. (Ueber das Verhalten der genannten Firma wird seitens des Enderufers beim Magistrat Beschwerde geführt werden.) Weiterhin besprach Redner die zögernden Schritte der Stadt hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit in den Gasanstalten. Haben doch heute noch die Arbeiter der Außenbetriebe der Gasanstalten den Neuntundentag, während die englischen Gasanstalten für alle Arbeiter den Neuntundentag durchführten. Gleichfalls geäußert wurde die Rückständigkeit der Parkverwaltung, die wohl versprochen, aber sehr schwer etwas halten könne. Die ganze Lohnpolitik der Stadt sei rückständig, und wenn man heute in einigen Betrieben 4 Mk. und 4,20 Mk. Tagelohn gewähre, so glaube man wunder, was man für die Arbeiter tue. In der Wahlbeide hat man den Wasserwerksarbeitern Abzüge von 2,50 bis 12 Mk. wöchentlich gemacht. Erst durch das Eingreifen der Organisation und des Stadtverordneten Genossen Wenl ist den Kollegen ihr früherer Verdienst wieder gesichert worden. Ein schlimmes und ständiges Mangel sei auch die wenig vornehme Behandlung, die man den Arbeitern in städtischen Betrieben angedeihen lasse. Daß untergeordnete Vorgesetzte erwachsenen Arbeitern Ehrfurchen anbieten und sie mit ordinären Beschimpfungen regalisieren, sei ein Schandfleck für die Stadt Berlin. Der Redner forderte die Kollegen auf, sich solche Nichtsnutigkeiten auf keinen Fall bieten zu lassen und dagegen mit aller Schärfe Front zu machen. Ganz besonders kämen aus der Straßencleaning nach dieser Richtung hin Klagen, und wenn unsere Kollegen sich gegen die offenkundigen Freizeiten gewisser Schmarotzergestalten auflehnen, dann würden nicht die Beleidigten, sondern diejenigen bestraft, die sich gegen die Beschimpfung ihrer Mannesehre zur Wehr setzten. Kollege Kay nahm noch Gelegenheit, auf die Wichtigkeit der Durchführung der seinerzeit eingebrachten Arbeitsordnung hinzuweisen. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung sowie der Stadtverordnetenmehrheit in dieser Angelegenheit sei mindestens rückständig. Es könne so als habe man die ganze Sache verachtet. Die Kollegen Schabel und Wuchl griffen ebenfalls noch einige Punkte heraus, wodurch die Rückständigkeit der Stadt Berlin auf kommunalpolitischem Gebiete gekennzeichnet wurde und erläuterten das nähere den Wert der Organisation der Gemeindearbeiter und des eumütigen Zusammenstehens. Als Ergebnis der vom besten Geiste befehlten Versammlung fand folgend: Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute in Mellers großem Saale tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter Berlins bedauert, daß die Verwaltung der Stadt hinsichtlich der kommunalen Arbeiterpolitik

Wahnen einschlägt, die notwendigerweise zur Mißkreditierung Berlins als Arbeitgeberin führen müssen. Die heutigen Verhandlungen haben ergeben, daß man mit der Verkürzung der Arbeitszeit ängstlich und sprunghaft vorgeht, und es nicht einmal für nötig hielt, für die Außenbetriebe der Gaswerke den Neuntundentag einzuführen, im Gegensatz zu den englischen Anhalten Großberlins, die ihren Arbeitern den Neuntundentag bewilligt haben. Dann aber belieben einige Betriebsverwaltungen eine Behandlung der Arbeiter, die nicht als human und einer Stadt wie Berlin würdig bezeichnet werden kann. Besonders dringen aus der Straßencleaning nach dieser Richtung Klagen in die Öffentlichkeit. Die Versammlung erwartet, daß der Magistrat baldigst zur eingereichten allgemeinen Arbeitsordnung Stellung nimmt und sie zur Einführung bringt. Die Versammlung ersucht die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, den Magistrat über das Schicksal der Allgemeinen Arbeitsordnung zu interpellieren.“

Gut illustriert wird die Rückständigkeit der Stadt Berlin auf dem Gebiete der Sozialpolitik noch durch folgende, fast in der gesamten bürgerlichen Presse Berlins zu findende Notiz:

Arbeitszeit der städtischen Gartenarbeiter. Der Magistrat hat sich am Freitag, den 28. Juni d. J., mit der Regelung der Arbeitszeit in der städtischen Gartenverwaltung beschäftigt und beschlossen, die Mittagspausen so zu legen, daß künftig die Arbeiter anstatt um 7 Uhr, um 6 Uhr Feierabend erhalten. Im Frühjahr und Herbst, also in den Hauptarbeitszeiten, soll die Tagesarbeit auf 10½ Stunden „verlängert“ werden. Für die sogenannten Saisonarbeiter soll statt des bisherigen Tagelohnes ein Stundenlohn zur Einführung gelangen. Ueberstunden sollen in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden.

Da diese Zeilen offenbar einen offiziellen Charakter tragen, so brauchen wir an ihrer Richtigkeit jedenfalls nicht zu zweifeln. Durch ihren Inhalt wird aber zur Genüge dargelegt, welcher Geist auf dem Berliner roten Hause umgeht. Während man in verschiedenen kleineren Gemeindeverwaltungen die Arbeitszeit auf neun Stunden herabgesetzt hat, „verlängert“ die Stadt Berlin die Arbeitszeit der Gartenarbeiter auf 10½ Stunden. Das klingt denn doch wie bitterer Spott auf die Forderungen der betreffenden Arbeiter und wie eine gute Ironisierung der Sozialpolitik des Stadtmagistrats.

Fortschrittliche Stadtverwaltungen.

Eine Reihe von Stadtverwaltungen im In- und Auslande haben in jüngerer Zeit annehmbare Verbesserungen der Lage ihrer Arbeiter geschaffen. Wirklich Musterträugliches in allen Zweigen der kommunalen Arbeiterpolitik ist ja noch nirgends vorhanden, in Einzelheiten können jedoch die Bedingungen mehrerer Stadtgemeinden als nachahmenswert empfohlen werden. Dieselben hier aufzuführen, kann heute nicht unsere Aufgabe sein; zwei Beispiele aus der Schweiz, die uns zwar nicht befriedigen und auch keineswegs in allen ihren Teilen als besonders günstig bezeichnet werden können, unsere Berliner Verhältnisse aber um ein ganz bedeutendes überragen, seien hier angeführt:

Die Arbeitsordnung von St. Gallen.

Der Gemeinderat der Stadt St. Gallen hat eine allgemeine Arbeitsordnung beschlossen, die sich auf alle Arbeiter der Gemeinde erstreckt. Sie unterscheidet zwischen ständig und provisorisch Angestellten und sieht vor, daß für den ordentlichen Dienst in der Regel nur solche Leute eingestellt werden, die nicht älter als vierzig Jahre sind. Bei außerordentlichen Vorfällen, wenn ausbühlsweise Arbeiter einzustellen sind, gilt die Bestimmung nicht. Wenn es etwa gilt, einen besonders qualifizierten Arbeiter zu erhalten, so darf als Ausnahme die Altersgrenze kein Hindernis der Anstellung abgeben. Jeder Arbeiter steht zuerst im Provisorium, das mindestens ein Jahr zu dauern hat. Bei solider Aufführung und Leistungsfähigkeit rückt der Arbeiter nach dieser Zeit zum ständigen Arbeiter vor und als solcher wird er im Tagelohn oder Monatslohn bezahlt. Die Arbeitszeit wird verschieden geregelt, je nachdem es sich um Arbeiten im Freien oder in geschlossenen Räumen oder um Schichtarbeit handelt, und sie variiert zwischen zehn und neun oder achteinhalb Stunden (diese für Arbeiter im Freien in der strengsten Winterszeit). Die näheren Dienst-einteilungen sind so getroffen, daß als Regel eine durchschnittliche normale Arbeitszeit von neun einhalb Stunden für den städtischen Arbeiter resultiert. Vorbehalten besonderer Dienstleistungen ist an Samstagen und Vorabenden gesetlicher Feiertage der Arbeitsfluß in der Regel um fünf oder vier Uhr nachmittags, ohne daß deshalb ein Lohnabzug eintritt. Die fabriksmäßig vorgeschriebenen Lohnzuschläge für Ueberstunden sind auch auf die nicht unter dem Fabriksgefeß stehenden Arbeiter ausgedehnt. Sie betragen 30 Proz. für Sonntags- und Nachtarbeit 50 Proz. und für außergewöhnlich beschwerliche Beanspruchung 75 Proz. Für Fehlstellung an Sonn- und Feiertagen ist eine besondere Entschädigung

vorgesehen. Die Verordnung führt auch eine Anzahl Feiertage auf, an denen den ständigen Arbeitern freigegeben wird ohne Lohnabzug. Münftig soll auch jeder ständige Arbeiter ein paar Urlaubstage erhalten, und zwar je nach der Anzahl der Dienstjahre, die einer bereits im städtischen Dienste verbracht hatte, drei bis neun Tage. Neun Tage erhalten diejenigen, welche über zehn Dienstjahre haben. Diese Bestimmungen sollen auch dem Frampersonal zugute kommen, welches sonst nach bundesgesetzlicher Vorschrift erst nach zehn Dienstjahren Anspruch auf einen achtstägigen Urlaub hat. — Auch für die Zeit des Militärdienstes sind Erleichterungen vorgesehen. Für die ordentlichen Wiederholungskurse (Waffenübungen!) soll der volle Lohn, für die Rekrutenschule der halbe Lohn dem ständigen Arbeiter ausbezahlt werden, während der provisorisch Eingeteilte die Hälfte erhält. Für Versäumnisse wegen Feuerwehredienst wird kein Lohnabzug gemacht. In Fällen von Krankheit erhält der ständige Arbeiter den vollen Lohn auf die Dauer eines Monats, bei längerer Krankheitsdauer noch weitere drei Monate lang den halben Lohn, während der provisorisch angestellte Arbeiter den halben Tagelohn auf die Dauer von sechs Tagen beziehen kann. An diese Lohnzahlung entrichten die Arbeiter keine Beiträge, ebenso übernimmt die Gemeinde auf ihre alleinigen Kosten die Versicherung der Arbeiter gegen Unfall nach Maßgabe des Haftpflichtgesetzes. Beim Ableben eines ständigen Arbeiters beziehen die Hinterlassenen den Lohn noch für ein halbes Jahr, vom Tode des Betreffenden an gerechnet. Den gleichen Anspruch auf den Bezug des Lohnes für ein halbes Jahr hat auch derjenige Arbeiter, der wegen unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit aus dem Dienste entlassen werden muß. Mit der Arbeitsordnung wurde auch ein neues Lohnregulativ beschlossen. Es stellt in erster Linie für jede Arbeiterkategorie minimal und maximal fixierte Stunden- oder Tag- und Monatslöhne auf und bestimmt, daß bei befriedigenden Leistungen innerhalb der angelegten Lohngrenzen jährliche Aufbesserungen zu gewähren sind. Das Maximum soll in der Regel nach acht Dienstjahren erreicht werden. Von unseren Kollegen wurde gewünscht, es möge das vorgegebene Maximum sofort allen Arbeitern mit zehn und mehr Dienstjahren gewährt werden. Angeblich konnte der finanziellen Konsequenzen wegen und auch deswegen hierfür nicht eingetreten werden, weil schon jetzt die älteren Arbeiter in der Regel höheren Lohn beziehen und folglich von Anfang an in den neuen Lohn Tabellen näher dem Maximum rangieren. Um aber gleichwohl bisherige langjährige Dienstleistungen in der Gemeinde in etwas erhöhtem Maße in Anrechnung zu bringen, verfügte der Gemeinderat in einer Uebergangsbestimmung, daß alle Arbeiter, die bis Ende Juni 1907 zehn volle Dienstjahre zurücklegen, gegenüber den übrigen Arbeitern eine doppelte Lohnenerhöhung erhalten sollen. Was die Löhne selbst betrifft, so variieren diese sehr, und zwar von vier bis neun Frank. Der Minimallohn, den die Gemeinde für Sandlanger, Hofarbeiter und dergleichen zahlt, beträgt vier Frank. Die höchsten Löhne müssen den Maschinenisten bezahlt werden. Verglichen mit den Löhnen, wie sie in anderen schweizerischen Stadtverwaltungen bezahlt werden und über welche sehr detaillierte Erkundigungen eingelegt wurden, sind diese neuen Ansätze durchsichtlich eher höher. Eine gute Bestimmung des neuen Lohnregulativs ist der Artikel 3, der lautet: „Verheirateten ständigen Arbeitern mit einem durchschnittlichen Tagelohn bis zu sieben Frank wird eine monatliche Zulage von fünf Frank gewährt, wenn und so lange sie drei bis fünf Kinder unter sechs Jahren zu ernähren haben; eine solche von zehn Frank, wenn und so lange sie für mehr als fünf Kinder unter sechs Jahren zu sorgen haben.“

Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen in Zürich.

Zurzeit wird im Züricher Stadtrat die neue Gemeindeordnung beraten. Diese bringt u. a. den städtischen Beamten, namentlich den höheren, ganz beträchtliche Gehaltsaufbesserungen; die einzelnen Klassen erlangen Gehaltszulagen von 55 bzw. 38 bzw. 25 Proz. Schon darum allein haben begreiflicherweise große, und zwar ziemlich einflussreiche Kreise der Bevölkerung ein Interesse an der Annahme der Vorlage. Auf die Arbeiterklasse trifft dies nicht zu, die Gemeindearbeiter und niederen Angestellten (wie z. B. Straßenbahner) sind in der Vorlage so gut wie gar nicht berücksichtigt, ihre Arbeitsbedingungen sollen durch eine vom großen Stadtrat zu erlassende Arbeitsordnung geregelt werden. Genosse Greulich führte den bürgerlichen Parteien vor Augen, daß demnach die Arbeiterklasse ein viel geringeres Interesse an dem Zustandekommen der Vorlage habe, wenn der Gemeindearbeitern nicht mindestens der Neunstundentag gegeben würde. Seine Argumente drangen durch, und es wurde im Artikel 155 festgelegt: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, bei Schichtenwechsel acht Stunden. Soweit bei einzelnen Verrichtungen die Art der Arbeit vorübergehend oder dauernd eine Ausnahme

verlangt, bestimmt hierüber die Arbeitsordnung! Diese Fassung wurde mit 61 gegen 35 Stimmen angenommen. Sodann wurde noch beschlossen, daß in der zu erlassenden Arbeitsordnung der Mindesttagelohn für erwachsene Handwerker mit 5.50 Frank (4.10 Mk.), für erwachsene Sandlanger mit 5 Frank (4 Mk.) in Anschlag zu bringen ist. Es sind nun noch die Uebergangsbestimmungen durchzubringen, und dann erfolgt die Schlussabstimmung. Den Bürgerlichen bleibt nun nur noch übrig, entweder den Neunstundentag mit in Kauf zu nehmen oder aber die ganze Vorlage abzulehnen. Das letztere ist aber aus den oben hervorgehobenen Gründen kaum zu erwarten. Das letzte Wort hat dann das Volk selbst.

Arbeiterauswahlwahlen in Köln.

Der § 1 Abs. 3 der Vorschriften für die städtischen Arbeiterauswahlwahlen schreibt zwar vor, daß die Wahlen zu denselben vor dem 1. April zu erfolgen haben. Da jedoch der Verwaltung des Tiefbauamtes die Vorschriften unbekannt zu sein scheinen, so fand hier die Wahl erst Ende Mai statt, weshalb wir erst heute einen Ueberblick über die vorgenommenen Wahlen geben können. Um es von vornherein zu sagen: Wir können mit dem Ausfall derselben zufrieden sein. Ueber 1000 Stimmen sind auf unsere Kandidaten entfallen, währenddem sich unsere Gegner, Christliche und Indifferenten, mit etwas über 400 Stimmen begnügen mußten.

In den Gruppen Straßenbahn B (Werksstätten), Gas- und Wasserwerk und Tiefbauamt hatten wir keine Gegenkandidaten. Nur auf einem Bahnhof der Straßenbahn — hier wählte jede einzelne Werkstätte für sich (!) — wurde, da dort die Organisation nicht vertreten ist, ein Indifferent gewählt. Am Elektrizitätswerk unterlagen wir mit 30 Stimmen den vereinigten Indifferenten und Christlichen. Auf diesem Werk ist infolge des brutalen Vorgehens der Verwaltung die Organisation zurückgegangen. Das Resultat kam uns nicht unerwartet. In der Gasanstalt siegten wir mit 289 gegen 72 christliche Stimmen. Doch erfreulich ist der Ausgang der Wahl am Fuhrpark, der Domäne der Christlichen. Bei der ersten Wahl, die am 29. März stattfand, erhielten wir etwas über 30 Stimmen. Ein Wahlprotest von unserer Seite hatte Erfolg. Bei der zweiten Wahl am 18. Mai siegte unsere Stimmenzahl auf über 170. Wohl drangen die Christlichen mit 240 Stimmen durch, was jedoch unsere Freude an dem moralischen Erfolge nicht trüben kann. Das nächste Jahr sehen wir uns wieder. Am Gasamt stellte man an uns das Ansehen, einen Indifferenten mit auf die Liste zu setzen. Wir lehnten dies natürlich ab, selbst auf die Gefahr, nicht die Mehrheit der Stimmen zu erhalten. Die „Christlichen“ verhalfen den Indifferenten zum Sieg. So sind sie: Mit den im Gemeindearbeiterverband organisierten Kollegen lehnen sie ab, zusammenzugehen und den Indifferenten helfen sie in den Sattel. Sie sind sich einander wert.

Bei den Wahlen am Gasamt, Fuhrpark und Tiefbauamt beteiligten wir uns zum ersten Male.

Nachfolgend geben wir einen genauen Ueberblick über die Ergebnisse der Wahlen:

Gruppe	Unsere Kandidaten erhielten Stimmen	Es waren zu wählen		Taben entfielen auf			
		Mit	Ertrag	Mit	Ertrag	Mit	Ertrag
		abgab	leute	abgab	leute	abgab	leute
Straßenbahn B. . .	130	7	5	6	4	1	1
Gas- u. Wasser-W. .	811	8	4	8	4	—	—
Elektr. Werk . . .	50	2	3	—	—	2	3
Gasanstalt . . .	289	4	5	4	5	—	—
Gasamt . . .	40	2	2	—	—	2	2
Fuhrpark . . .	170	2	3	—	—	2	3
Tiefbauamt . . .	85	2	2	2	1	—	1
Summa . . .	1075	22	24	15	14	7	10

Möglich, daß die Angaben über die abgegebenen Stimmen nicht ganz genau stimmen, jedenfalls sind sie nicht zu hoch, eher zu niedrig gegriffen. Die Verwaltungen veröffentlichen nämlich die Namen der Gewählten, nicht aber die auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen. Es ist dies eine Ungerechtigkeit sondergleichen. Die Herren der Verwaltungen sind also über die Dinge genau informiert, die Arbeiter aber können im Dunkeln herumtappen. Obgenannte Zahlen haben wir nach den Angaben der Arbeiterbeiräte zusammengestellt.

Vertreten sind wir jetzt in den Arbeiterauswahlwahlen folgender Betriebe: Gas- und Wasserwerk, Rohrleitung, öffentliche Beleuchtung, Gasanstalt, Elektrizitätswerk, Straßenbahn (Werksstätten) und Tiefbauamt. Nicht vertreten sind wir in folgenden: Gasamt, Fuhrpark, Gartenbau und Straßenbahn C (Planabteilung). Es muß nun unsere Aufgabe sein, auch in diese Arbeiterauswahlwahlen einzubringen, damit wir unserer Aufgabe, den Arbeitsvertrag des städtischen Arbeiters musterhaftig zu gestalten, voll und ganz gerecht werden können.

Zweifelsfragen aus dem Gebiete der Arbeiter- versicherung.

a) Krankenversicherung.

Nur bei freiwilligen Mitgliedern darf die Aufnahme von dem Resultat einer ärztlichen Untersuchung abhängig gemacht werden. Pflichtmitglieder werden aber nicht in die Krankenkasse „aufgenommen“; ihre Mitgliedschaft tritt kraft Gesetzes ein, wenn sie versicherungspflichtige Lohnarbeit verrichten. Sie können nicht wegen einer schon bestehenden Krankheit von der Versicherungspflicht ausgeschlossen werden, sondern haben im Gegenteil sogar schon für die beim Eintritt in eine Beschäftigung bestehende Krankheit Anspruch auf die Leistungen der Kasse. Allerdings nur dann, wenn der Arbeiter nicht von vornherein völlig erwerbsunfähig war, so daß es sich bei der Arbeit nur um einen sofort fehlgeschlagenen Versuch eines Kranken zu arbeiten handelt. In diesem Falle besteht keine Versicherungspflicht und mithin auch kein Anspruch an die Kasse. — Anders, wenn dem, was der Kranke an Arbeit geleistet hat, die Bedeutung einer ernstlichen Betätigung beigegeben werden darf; dann erwirbt er die Mitgliedschaft trotz seiner Krankheit oder Erwerbsbeschränkung und hat Anspruch an die betreffende Kasse. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob der Arbeitgeber das Mitglied bei der Kasse angemeldet hat oder nicht. Es darf also keinem Mitgliede von der Krankenkasse die Unterstützung verweigert werden, weil der Arbeitgeber die Anmeldung unterlassen hat.

b) Invalidenversicherung.

Erstattung von Beiträgen im Todesfalle.

Wenn eine männliche Person, für welche mindestens 200 Wochenbeiträge entrichtet worden sind, verstirbt, bevor sie eine Rente bezogen hat oder bevor ihr die eine Rente bewilligende Entscheidung zugestellt ist, so steht der hinterlassenen Witwe oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen ehelichen Kindern unter 15 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen entrichteten Beiträge zu.

Beim Tode eines weiblichen Versicherten steht den hinterlassenen waisen Kindern unter 15 Jahren, und wenn der Ehegatte der Verstorbenen sich von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und sich der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat, auch diesen derselbe Anspruch auf die Hälfte der Beiträge zu. War die Verstorbenen wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Ehemannes die Ernährerin der Familie, so steht ein gleicher Erstattungsanspruch den hinterlassenen Witwen zu.

Der Erstattungsanspruch muß innerhalb eines halben Jahres nach dem Tode des Versicherten erhoben werden, sonst verjährt er.

Der zu erstattende Betrag muß auf volle Mark nach oben abgerundet werden.

Schwebt beim Tode des Versicherten bereits ein Rentenfeststellungsverfahren, so schließt der Erstattungsanspruch den Anspruch der Erben auf die rückständigen Rentenbeträge aus, solange nicht eine den letzteren anerkennende Entscheidung zugestellt ist.

Der Anspruch auf Erstattung der Beiträge fällt fort, wenn und soweit den Hinterbliebenen aus Anlaß des Todes des Versicherten auf Grund der Unfallversicherungsgehalte Renten gewährt werden.

c) Unfallversicherung.

1. Vergiftung durch Einatmen von Kohlengasen während mehrerer Stunden ist als Betriebsunfall anerkannt worden.

2. Ein Arbeiter beantragte, die Berufsgenossenschaft zur Zahlung von Vergütung in Anspruch zu nehmen, weil sie die Feststellung seiner Entschädigungsansprüche mehr als drei Jahre (!!) schuldhaft verzögert hatte. Er wurde jedoch mit seinem Anspruch vom Reichsversicherungsamt abgewiesen, weil in dem Gesetz eine Bestimmung fehlt, welche die Berufsgenossenschaft dazu verpflichtet. — Doch etwas mehr Eile empfehlen wir den Herrschaften. Arbeiter sind keine Kapitalisten! Gerade den Unfallverletzten gilt doppelt, wer schnell gibt.

3. Die Weigerung des Verletzten sich in ein medico-mechanisches Institut zu begeben und sich ärztlich untersuchen zu lassen, berechtigt die Berufsgenossenschaft nicht ohne weiteres zur Ablehnung jeder weiteren Entschädigung. Es kommt vielmehr bei der Entschädigung auf den Erfolg der Behandlung an, der nach ärztlicher Annahme zu erwarten steht. ck.

Aus den Gemeinden.

Berlin. Die Verwaltung der Mieselsfelder hat umfangreiche Versuche angestellt, um Werte, die bisher bei der Bewirtschaftung verloren gingen, für die Landwirtschaft zu retten. In der Hauptsache handelt es sich um die Ausnutzung der Mieselsfelder, den Anbau von Gras, um neue Verfahren zum Trocknen des Mieselgrasses, um die Ausnutzung dieses Mieselheues zu Managen und schließlich um eine bessere Abschweifung der Grottschäde mit Mieselselbwirtschaft. Ueber die Versuche wird berichtet: Die Produktion des frischen Mieselgrasses war und ist auch noch

abhängig von der Abfuhrmöglichkeit, die, obgleich ein Versand mit der Eisenbahn möglich ist, immerhin eine beschränkte sein wird. Die Verwendung von Grünfütter bietet große Vorteile, ist aber nicht immer durchzuführen. Um Mieselheu zu gewinnen, wurden im vorigen Sommer seitens der Gutsverwaltungen Versuche mit etwa 25000 Kilogramm Mieselgras angestellt, u. a. mit einem Trockenapparat in Groß-Beeren, dann mit einem sogenannten Naturodunungsverfahren, oder Trennverfahren und schließlich mit dem Trocknen auf Gerüsten, 2 Meter hohen Ranten, sog. Diefel, daher der Name Diefelheu. Alle drei Verfahren erhielten schließlich den Namen „Krautheu“, wegen ihres hohen Nährstoffgehaltes, der den des gewöhnlichen Wiesenheues im wichtigsten Bestandteil, dem Protein, fast um das Doppelte übersteigt. Um festzustellen, ob die Untersuchungsergebnisse der Chemiker für die Praxis zutreffen, wurden Fütterungsversuche mit je 12 zweijährigen Stieren und je 20 Schafen von den Gutsverwaltungen gemacht. Außerdem sind solche Versuche mit Milchkühen vorgenommen. Die Ergebnisse lassen die Hoffnungen berechtigt erscheinen, die man daran geknüpft hat. Die Wertbemessung des gewonnenen Heues hat nicht getrogen. Ein erster Preis wurde dem mit Diefelheu gemähten Schafe zuerkannt, während das „Muntheushe“ einen zweiten Preis erhielt. Die Sonderausstellung bekam noch 5 Preise für lebende und 2 Preise für geschlachtete Schafe. Bei der Klassifizierung der ausgeschlachteten Stiere standen die der Heufuttergruppen an erster Stelle. Besonders beweiskräftig waren die Ergebnisse der Milchviehfütterung. Nach diesen hat eine Gabe von 8–10 Kilogramm Mieselheu mit der Heufütterung von 40 Kilogramm Rüben pro Kopf und Tag mindestens dieselbe Milchmenge erzeugt als die gewöhnliche aus Rüben, Wiesenheu und Krautfüttermitteln bestehende Fütterungsmischung. Bewertet man die Rüben mit 120 Mk., das Wiesenheu mit 4 Mk., Stroh mit 2½ Mk. pro Doppelzentner, die Krautfüttermittel nach dem Marktpreis, so ergibt sich eine Verwertung des Mieselheues mit im Mittel rund 8 Mk. für den Doppelzentner.

Aus dem Dresdener Stadtverordnetenkollegium. Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium war am 21. Juni großer Tag. In fürchterlicher Enge drängten sich Arbeiter und Beamte in dem Raum, so man „Zuhörertribüne“ benamset. Schon eine Stunde vor Beginn waren alle Plätze belegt, und auch die Treppenaufgänge waren von interessierten Kreisen besetzt. Der dritte Punkt der Tagesordnung: Antrag des Stadtv. Kaufmann End auf Gewährung einer Feuerungszulage an alle in städtischen Diensten beschäftigten Personen und der Antrag des Stadtv. Redakteur Fleißner und Genossen auf Gewährung von Feuerungszulagen an alle in städtischen Diensten stehenden Personen mit einem Dienstlohn bis zu 2000 Mk., hatte diese Völkerwanderung nach dem Stadthaus an der Landhausstraße verursacht. Endlich, gegen 12½ Uhr, begann die Sitzung. Zur Erledigung kam erst eine ellenlange Registrante und einige Positionen des Haushaltsplanes. Dann beschloß man, den Stadtrat Dr. Reichmann vom 1. Juli ab in die höhere Gehaltsstufe zu befördern, und nun erst ging man an die Feuerungszulagen. Bemerkten möchten wir, daß die Anträge dazu schon im November 1906, also vor acht Monaten, gestellt wurden. Während dieser Zeit haben sie in den Akten ein bescheidenes Dasein geführt. Man sprach damals von einem Begräbnis erster Klasse. Nun, sie sind wieder zum Leben erweckt worden. Jedenfalls hat zu dieser Aufhebung die vom Räte angeordnete Statistik über die Bewegung der Löhne in den städtischen Betrieben und der Lebensmittelpreise sehr viel beigetragen. Man munkelt so allerlei, daß die Statistik ein höchst ungünstiges Resultat in betreff der Steigerung der Löhne einerseits und der Lebensmittelpreise andererseits, ergeben habe. Die Ausgabensteigerung hat man, wie im Stadtverordnetenkollegium gesagt wurde, von 46 Mk. bis zum Höchstbetrage von 75 Mark steigend angenommen. Diese Feststellungen sind aber zu einer Zeit erfolgt, wo die Lebensmittelpreise noch nicht die heutige Höhe erreicht hatten. Die vereinigten Ausschüsse legten nun dem Kollegium das Gutachten vor (den genauen Wortlaut haben wir schon in voriger Nummer veröffentlicht), den ledigen Personen 25 Mk. und den verheirateten 50 Mk. als einmalige Feuerungszulage zu gewähren, soweit das Dienstlohn 2000 Mk. nicht übersteigt. Vom Stadtverordneten Anrath, Reichstagskandidaten schen Ansgedenkens, war ein anderer Antrag gestellt, welcher dahin ging, den Rat zu ersuchen, diejenigen Löhne und Gehälter von städtischen Arbeitern und Beamten, die in der Zeit seit als nicht zum Lebensunterhalte ausreichend angesehen werden müssen, entsprechend zu erhöhen. So schon auch dieser Antrag auf den ersten Platz auszuheben mag, so bedeutet er doch nur eine neue Verkleppung. Die Hintermänner dieses Antrages wollten von einer Feuerungszulage nichts wissen, sie wollten das Geld hierfür sparen. Aber auch das Gutachten der Mehrheit, die Feuerungszulagen zu bewilligen, führte zu hitziger Debatte. Das Bedürfnis nach einer Feuerungszulage wurde wohl anerkannt. Die vorgeschlagenen Zube hielt man auch für ausreichend. Mehr konnte man nicht geben. Denn schon diese Zulage erfordere eine Ausgabe von 20.000 Mk. Und dazu hat noch keine Deckungsmittel vorhanden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten wiesen darauf hin, daß diese vorgeschlagene Feuerungszulage die Ausgabensteigerung in den Ar-

beiterfamilien der städtischen Arbeiter nicht ausgleiche, besonders nicht bei den Familien mit Kindern. Sie beantragten deshalb, für jedes Kind noch eine besondere Zulage von 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. zu gewähren. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, und zwar durch die Schuld der liberalen Stadtväter unter Führung des Dr. Roedel. In der Stadt, Linzsch (Antif.), konnte sich nicht vertragen, auf die Vorlage der Verwaltungen hinzuweisen. Seiner Meinung nach könnten die städtischen Beamten doch gar nicht so schlecht gestellt sein, denn sonst würden sich bei Wahlen nicht so ungeheuer viel melden. Dann meinte er geschmackvoll: Nach den Ausführungen des Stadtv. Ritsche (Soz.) müßte an jeder Straßenecke ein halb verhungertes städtischer Arbeiter liegen! Durch diesen Ausspruch hat Stadtv. Linzsch wieder mal gezeigt, was Genies Kind er ist. Und in ist so ein Mann so — naja, bei der verflochtenen Reichstagswahl um die Stimmen der städtischen Arbeiter zu betteln. Die Vertreter des fatten Bürgertums haben eben nicht die geringste Ahnung, wie sich große Massen der städtischen Arbeiter kümmerlich durchs Leben schlagen müssen. Den Herren wäre zu empfehlen, selbst einmal städtischer Arbeiter zu spielen, selbst einmal für 35 oder 37 Pf. pro Stunde Lohnde und Schaufel zu schwingen, Schuttlarre zu fahren unter der ständigen treuen Ebnung eines oder auch zweier Antreiber — Vardon, Aufheber. Sie würden jedenfalls dann einen anderen Standpunkt einnehmen. Nun, Teuerungszulagen wären ja vom Stadtverordnetenkollegium bewilligt. Wie wird sich nun der Rat dazu stellen? Wird er diesem Beschlusse ohne weiteres beitreten? Das ist eine Frage, die wir nicht so nur nichts, dir nichts mit Ja beantworten wollen. Die Verwirklichung dieses Beschlusses wird noch auf Schwierigkeiten stoßen. Wenn auch Dresdens Finanzen gute sind, so fällt aber eine Summe von circa 350.000 Mk. schon ins Gewicht. Auf welche Weise diese Summe aufgebracht werden soll, darüber soll der Rat erst Vorschläge machen. Die städtischen Arbeiter dürfen deshalb noch nicht so tun, als hätten sie diese 35 oder 50 Mk. schon in der Tasche. Wir wollen aber dringend hoffen, daß man die Auszahlung nicht bis zum November hinein verzögert. Das wäre für die städtischen Arbeiter eine starke Geduldsprobe. Ihnen ist deshalb zu empfehlen, auf der Hut zu sein und sich durch die in Aussicht stehenden Teuerungszulagen nicht einschläfern zu lassen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. *Revier-Inspektionen.* Am 21. Juni fand eine gut besuchte Ritalieder-Verammlung im „Mosenhaller Hof“ statt. Kollege G. W. K. hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Die Versammlung nahm Stellung zu dem neunstündentag und schloß sich dem Vorschlag der Vertrauensleute an, indem die Ortsverwaltung beauftragt wurde, für sämtliche Augenblicke der Gaswerke eine Versammlung einzuberufen. Ferner wurde die Eingabe der Versammlung der Revierdirektion und Standaufnehmer vom 30. März und die Antwort der Deputation darauf verlesen. Die Anträge gingen dahin, eine Verabreichung der jetzt seitens der Direktion geforderten Revisionen und Rechnungsstände zu bewirken. Nach 2 Monaten ist endlich eine Antwort darauf erfolgt. Diefelbe lautet: „Den Anträgen der Revidierer und Standaufnehmer der Revier-Inspektionen auf Herabsetzung der Anzahl der als Tagesleistung gebildeten Standaufnahmen und auf Ueberweisung bestimmter Bezirke an die Standaufnehmer vermögen wir nach eingehender Prüfung der Verhältnisse nicht zu entsprechen.“ — Auch die Antwort auf die letzte Arbeiterauskunftung wurde verlesen. Die hauptsächlichsten Anträge waren: Arbeiter resp. Helfer, welche selbständig Reparaturen und Schmelzarbeiten verrichten, sind nach einem Jahr als Mohrleger zu führen; Duzugung der Arbeiter, Helfer und Standaufnehmer zum Telefonsdienst und die notwendige Auszahlung des Krankengeldzuschusses seitens der Revier-Inspektoren auf Vorzeigung des Krankenscheines. Diese Anträge sind abgelehnt mit den üblichen Ausreden. Den übrigen Anträgen ist zum Teil entsprochen oder soll nach Möglichkeit entgegen gekommen werden. Unter anderem wird nun auch halbjährlich eine neue Karte geliefert. Bei der hierauf einsehkenden Diskussion wurde das Verhalten der Direktion und Deputation gegen über den berechtigten Anträgen der Arbeiter in das rechte Licht gerückt. Wenn es an den Geldadel berührt, sind beide Verwaltungen nicht zu haben, in Kleinigkeiten sind sie jedoch groß. Spontan brach die Meinung durch, daß die heutigen Arbeiteransprüche nur eine Deklarationsakt sind. Erst wenn die Arbeiteransprüche eine wirkliche Vertretung der Arbeiter darstellen, werden andere Verhältnisse platzgreifen. Um dies aber zu verwirklichen, ist eine starke Organisation notwendig. Führt der Kollegenkreis ist es, die noch fernstehenden dem Verbande anzuführen. Nach Erledigung einiger Anfragen erfolgte nach einem doch auf den Verband Schluß der Versammlung.

Wörlitz. *Öffentliche Versammlung vom 25. Juni.* Kollege Freyler, Dresden sprach über: „Die Stadt als Arbeitgeber“. Er erläuterte, wie durch das ungeheure Wachstum der Städte

diese eine immer größere Bedeutung als Arbeitgeber erlangt haben. Das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter lasse jedoch noch sehr vieles zu wünschen übrig. Ihnen sei daher eine Verbesserung der Verhältnisse nur möglich gewesen durch Gründung der Organisation. In neuerer Zeit sind infolgedessen auch eine Reihe Fortschritte zu verzeichnen. Wörlitz gehört jedoch zu denjenigen Städten, wo nicht nur die Löhne am niedrigsten sind, sondern wo auch noch all und jeder Anfang zu irgendwelcher sozialen Fürsorge-Einrichtungen fehle. Da müsse mit allen Hilfsmitteln eingegriffen werden, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Vor allem sei die Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zu stärken, zweitens die Presse, und zwar speziell die Arbeiterpresse, heranzuziehen und zu lesen. Sodann sei noch zu berücksichtigen, daß die städtischen Arbeiter auch eine große Wählerzahl zu den Kommunalwahlen stellen. Hier sei es für sie Pflicht, ohne Ausnahme von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und nur solche Männer zu wählen, welche energisch für die Forderungen der städtischen Arbeiter eintreten. In der anschließenden Debatte führte Genosse Taubadel sehr bezeichnende Vorgänge aus jüngerer Zeit an. Die städtischen Betriebe arbeiten nämlich auch in Wörlitz mit einem erschrecklichen Mißbrauch. Dies zeuge zweifellos von einer guten Leistungsfähigkeit der städtischen Arbeiter. Deshalb hätten sie auch Anspruch auf auskömmliche Entlohnung. Die Stadtverwaltung verheißt es recht gut, bei jeder Gelegenheit Profit herauszuschlagen. So habe jetzt ein Hausbesitzer sich Wasserleitung legen lassen. Das wird nur von der Stadt ausgeführt. Dafür berechnet die Stadt als Lohn für den Mohrleger pro Stunde 60 (sechzig) Pf. und für den Maurer ebenfalls 60 (sechzig) Pf. Was erhalten aber die betreffenden von der Stadt als Lohn? Die Mohrleger 20 bis 35 Pf. für die Stunde und die Maurer 40 Pf. Das heißt ein Wochlohn! Weiter führte er an, daß bei der Manalations- und Gebäudeabteilung auf zehn Arbeiter fünf Ausparker kommen. Dabei sind hier alle eingerichtete, langjährige Arbeiter. Aber im Herbst vorigen Jahres hat man wegen Einsparung der Regiarbeit die meisten Arbeiter entlassen. Die Beamten sind jedoch nicht verringert worden. Es sei höchste Zeit, daß andere Verhältnisse hier Platz greifen. Redner schloß mit der Aufforderung, sich zu organisieren sowie an den Stadtverordnetenwahlen sich zu beteiligen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Magistratsarbeiter stimmt den Ausführungen der Redner zu. Die Versammelten sind überzeugt, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur durch eine gute Organisation gewährleistet ist. Aus diesem Grunde verpflichten sie sich, mit allen Mitteln die Organisation zu einer einflussreichen zu gestalten. Des weiteren verpflichten sich die Versammelten, bei den Stadtverordnetenwahlen nur den Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche rückhaltlos für die Programmforderungen unseres Verbandes eintreten.“ Unter „Gewerkschaftliches“ wurde noch auf die bevorstehenden Vertreterwahlen zur Betriebskrankenkasse Nr. 1 hingewiesen. Da diese Wahlen eine große Bedeutung für die Massenmitglieder besitzen, müssen nur tüchtige und befähigte Leute gewählt werden.

Graubenz. In allen Berufen und Städten, wo die Arbeiter günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, heben sie auch starke Organisationen. Nur mit Hilfe ihrer Organisationen haben die Arbeiter sich vorteilhafte Arbeitsbedingungen errungen. Das beweisen so recht die Verhältnisse in den kommunalen Betrieben derjenigen Städte, wo unsere Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat. Zur Graubenz trifft dies besonders zu, wo nachstehende Zahlen dazum: Die außerordentlich schwere und gesundheits-schädliche Arbeit der Feuerleute in der Gasanstalt wird da mit 2,00 bis 2,40 Mk. pro Schicht entlohnt. Für die gleiche Arbeit werden anderwärts 3,50 bis 3,60 Mk. bezahlt. Der Höchstlohn ist hier ungefähr nur halb so hoch wie in Berlin, Charlottenburg, Hamburg usw. Trotzdem sind die Ausgaben für Wohnungsmieten, Lebensmittel usw. hier ziemlich hoch. Bei Handverletern differiert der Lohn zwischen 3,00 und 3,50 Mk. Gasarbeiter bekommen 2,60 Mk. Diese Lohnsätze sind also weit hinter den Steigerungen der Lebensmittelpreise zurückgeblieben. Noch schlimmer sind aber die Straßeneimerer daran; beträgt doch ihr Lohn nur 2,00 bis 2,30 Mk. pro Tag. Die Straßeneimerer sollen gar nur 60 Pf. pro Monat erhalten. Dabei ist ihre Arbeit sehr anstrengend, müssen sie doch den Schaffner mit ziehen. Von sonstigen sozialen Einrichtungen wie Sommerurlaub, Zahlung der Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld, Aufheben und Unterbildenverforgung ist hier nichts bekannt. Im Krankheitsfall ist demnach die Sorge und das Elend doppelt groß, dann mag wohl manche Familie sich die Kartoffeln, die hier das Hauptnahrungsmittel bilden, nicht leisten können, denn der Zentner kostet gegenwärtig in Graubenz 7 Mk. Eine Besserung der Verhältnisse tut hier dringend not. Das kann und wird aber nur geschehen, wenn die Arbeiter sich fest zusammenschließen. Hier können die städtischen Arbeiter von den Bauarbeitern viel lernen. Werden doch hier die Bauhilfsarbeiter ebenso gut bezahlt wie die Handwerker in den städtischen Betrieben. Wegen des halb die städtischen Arbeiter das Sprichwort beherzigen: „Einigkeit macht stark!“

Köpenick. In einer Versammlung, die am 13. Juni stattfand, hielt Kollege Ray, Berlin einen Vortrag und erörterte nach

diesem die Notwendigkeit der Errichtung eines Arbeiterausschusses. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sollen veranlaßt werden, mit den Vertretern unserer Organisation Fühlung zu nehmen, damit es mit der Errichtung des Arbeiterausschusses endlich einmal vorwärts geht. — Den Rest des Abends füllte eine Diskussion über den Wert der Meinungsabstimmung aus.

Mannheim. Die Stadtverordneten in Mannheim bewilligten in ihrer Sitzung vom 25. Juni den Achtstundentag für die Deizer und Maschinisten sämtlicher Dauerbetriebe mit Ausnahme der Maschinen der beiden Gaswerke und des Wasserwerks. Ferner erhalten den Achtstundentag die Maschinenarbeiter der Kläranlagen und die Eiszieher des Schlachthofes. Die Forderung der Arbeiter ist damit nur zum Teil erfüllt. Der Bund der Industriellen und der Allgemeine Arbeiter-Geberverband für den Industriebezirk Mannheim-Ludwigshafen hat es an Gegenagitation hierbei nicht fehlen lassen. Auf die interessanten Einzelheiten dieses Kampfes kommen wir in nächster Nummer zurück.

München. (Zweifelstheorie.) Eine ganz eigenartige Skizze von Organisation bildet die „Vereinigung städt. Arbeiter“ in München. Jeden Ideals hat geht ihr einziges Bestreben dahin, auf Kosten der organisierten Arbeiterschaft Erfolge einzuharzen, im übrigen aber keinen Pfennig für die allgemeine Arbeiterbewegung zu leisten. Diese Vereinigung hielt am Sonntag, den 16. Juni, im „Höckerbräu“ eine Versammlung ab, die es ob ihres merkwürdigen Verlaufes verdient, näher geschildert zu werden. Als Referent fungierte ein Agitator der christlichen Gewerkschaftsbewegung namens Wärtl, dieser erzählte unter dem Vorwand der ganz und gar rassistischen Elemente in der Vereinigung, daß es unmöglich sei, die Gemeindeführer zu zentralisieren, denn die Münchener städtischen Arbeiter hätten mit denen anderer Städte keine Verbindungspunkte! Es sei unmöglich, Zentralkassen zu haben, denn das Geld käme nach Berlin, aber nicht wieder zurück. Natürlich spielte auch das Wortlein „Lohn“ — (in unseren Statuten) wohl gemerkt, von einem christlichen Agitator — wieder eine große Rolle. Der gute Mann hatte aber ein altes Statut ersonnen, natürlich ohne jede Abmildung! Dem Charakter der Versammlung entsprechend, waren diese Schläger selbstverständlich auf den freien Gemeindeführer-Verband gemünzt. Ganz und gar unerwähnt ließ der Held, daß auch die christlichen Gewerkschaften zentralisiert sind und auch Zentralkassen haben, zu denen sie nicht nur 75, sondern 80 Proz. der Beiträge abliefern. Zum Schluß kam der Referent noch auf den Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter zu sprechen, wobei er das nachsagte, was der Gemeindeführer-Verband schon vor ein paar Monaten in Einlauf gebracht hatte und was damals von dem Herrn Wärtl nahebelebenden „Münchener Tagblatt“ bekämpft wurde. Auch einige Vertreter des freien Gemeindeführer-Verbandes waren anwesend, und es waren keine Ausnahmen, die sich der Referent von diesen in der Diskussion lassen mußte, indem er als Lügner und Fälscher entlarvt wurde und ihm Verleumdung und Doppelmoral nachgewiesen wurde. Das Schöne aber kam noch nach. Einige Vertreter des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes, die ja bisher in der Vereinigung städtischer Arbeiter geduldet waren, erklärten den Referenten als „weisen haben“. Sie waren ehrlich genug, das Zugewandte des Referenten zu zerkleinern (es war ihnen nämlich auch zu klarer Tabak) und die Notwendigkeit der Zentralorganisation zu erklären, worauf der sattem bekannte Vorsitzende Dörner seinen bisher geduldeten Freunden sofort die Worte an den Kopf schleuderte: „Aha, seid ihr auch auf dem Gimpelfang?“ Dabei wäre zu bemerken, daß das „Gimpelfang“ den speziellen Sprachgebrauch der Vereinigung bildet. Und nun grüßte der Referent in hochtöniger Entrüstung darüber, daß die christlichen organisierten städtischen Arbeiter nicht in das Horn der Vereinigung gesteckt hätten und so dem Gegner gemeint waren die Vertreter des Gemeindeführer-Verbandes das erhebende Schauspiel der Uneinigkeit geboten hätten. Er (Referent) sei ja gar nicht so, sondern er sei selbst für Zentralorganisationen, doch hielt er es dem Charakter der Vereinigung entsprechend für besser, in dieser Versammlung gegen die Zentralorganisationen zu sprechen. Darob war natürlich großes Erstaunen über diese Zweifelstheorie. Moralisch geschickt verließ der Referent den Schauplatz, auf dem er der großen Antidiskussion zufolge anderen den Kopf hatte waschen wollen. — Mögen alle städtischen Arbeiter die von Gausleiter Sebaid in Bezug auf die Vereinigung städtischer Arbeiter gebrauchten Worte überlegen. Diese Vereinigung, die an Stelle des Solidaritätsgefühls für die arbeitende Masse die Arbeiterbewegung, die auch diesen Leuten erkennbare Verhältnisse erkämpft hat, beschimpft und verleumdet, verdient es auch der Beachtung der gesamten organisierten Arbeiterschaft preisgegeben zu werden. Nur eine derartig rassistische Gesellschaft ist heute kein Boden mehr vorhanden.

Stendal. Wie uns von hier berichtet wird, sind die dortigen Gasarbeiter in eine Bewegung zumachen besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Mangelt es bei den Kollegen auch

noch an der organisatorischen Tätigkeit, so haben sie doch in jüngster Zeit eine Lohnerhöhung erhalten. In Zukunft sollen folgende Löhne gezahlt werden: Installateure pro Stunde 45 Pf., Schlosser 30 Pf., Schmiede 32½ Pf., Kofeleger 34 Pf., Vorarbeiter 38 Pf., Arbeiter 30 Pf., Zimmerer 33 Pf., Maurer 40 Pf. Maschinisten am Elektrizitätswerk pro Stunde 28 bis 35 Pf. Maschinisten am Wasserwerk Monatsgehalt von 90 bis 120 Mk. Darnach haben die Kofeleger und Schmiede bei sechsjähriger Dienstzeit eine Lohnzulage von 1½ Pf. pro Stunde erhalten. Die Schlosser hingegen sind auf ihrem alten Lohnstand geblieben. Der Ausfall der Lohnerhöhung müßte auch den dortigen Kollegen zeigen, daß es an der Zeit ist, sich der Organisation anzuschließen. Ohne Mühen und Drängen wird es so leicht nicht besser werden. Tue jeder Kollege deshalb seine Pflicht und schließe er sich unserem Verbande an.

Stettin. Die letzten Betriebsversammlungen tagten hier am 18. für die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke bei Rambow, für Straßenreiner, Laternenwärter und Bauhofarbeiter bei Lüdte, am 19. für Friedhofsarbeiter bei Diener und am 20. für die Hafenbetriebe und den Schlacht- und Viehhof bei Lüdte. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautete: „Die Lohnpolitik der Stadt Stettin“. — Als Referent war Kollege G. A. Hermann. Berlin erschienen. Referent sprach über die vom Magistrat vorgeschlagene Lohnregelung, und über die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Pensionsberechtigung für die städtischen Arbeiter Stettins. Redner führte ferner den Anwesenden die Rückständigkeit des Stettiner Liberalismus in klarer Weise vor Augen, und vermochte die Anwesenden, worunter sich mehrere unorganisierte Kollegen befanden, zu überzeugen, daß nur eine geschlossene Organisation imstande sei, die Verbesserung der traurigen Verhältnisse herbeizuführen. Mehrere Kollegen beteiligten sich an der Diskussion. Alle sprachen sie im Sinne des Referenten. Der Besuch war ansehnlich. Ein Erfolg blieb auch nicht aus. Eine Anzahl Kollegen traten dem Verbande bei. Die Kollegen wurden dann noch ermahnt, sich als modern organisierte, staatenbewußte Arbeiter den unorganisierten Kollegen gegenüber zu zeigen, damit auch sie einsehen, daß durch die Organisation das Bildungsniveau der Arbeiter auf eine geistig höhere Stufe gebracht wird. Mögen die Kollegen gerade jetzt, wo die Mehrzahl der städtischen Arbeiter über die so mager ausgefallene Lohnregelung entsetzt ist, die Gelegenheit zur Agitation für den Verband benutzen.

Rundschau.

Neues, zum Achtstundentag. Die Regierungen und geistgebenden Körperschaften enqueteieren und parlamentieren. Unterdessen geht die Entwicklung ihren Gang, und die Praxis schreitet unbefürchtet über den Trümpf all dieser Bedenklichkeit und Kleinlichkeit hinweg. So melden die bescheidenen Gewerbeaufsichtsberichte, daß in den Bezirken Offenbach und Gießen in 57 von 608, das sind 88 Proz. aller Betriebe 10 Stunden und weniger von allen Arbeitern gearbeitet wurde. Das weniger als 10 Stunden bezieht sich auf 28 von 608, also auf 37,5 Proz. aller Betriebe. In den Gießener 145 Fabriken mit insgesamt 9306 Arbeitern war die Normalarbeitszeit die 10stündige. Sie war in 127 Fabriken (67 Proz. aller Anlagen) für 6310 Arbeiter (67 Proz.) eingeführt. Eine 9stündige Arbeitszeit hatten 30 Fabriken (15 Proz.) mit 1692 Arbeitern (18 Proz.). Eine 11stündige Arbeitszeit wurde nur in 19 Fabriken (9 Proz.) mit 619 Arbeitern (6,6 Proz.) festgesetzt. Also auch hier wieder der Satz: Je kleiner der Betrieb, desto größer die Neigung zur Ausdehnung der Arbeitszeit. Im Bezirk Mainz hatten 81 Proz. der Fabriken im Sommer und 92 Proz. im Winter eine Arbeitszeit von 10 Stunden und weniger. In Worms hat die Firma Dehl, die 3800 Arbeiter beschäftigt, am 1. Oktober 1906 und, wie es heißt, mit gutem Erfolg die 8½stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Befürwortungen der Beamten geben übereinstimmend dahin, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiterschaft von großem Vorteil ist. Sie bedingt auch nach den Worten des Wormser Inspektors „eine bessere Ausnutzung der Maschinen und Geräte, da die Perioden des Leerlaufes kürzer werden oder ganz in Wegfall kommen. Die Ausgaben für Beleuchtung der Arbeitsräume werden erheblich geringer oder fallen weg. Die Fabrikdisziplin ist bei frischen Arbeitern besser durchzuführen als bei ermüdeten. Auch die Leistungsfähigkeit der Betriebsbeamten wird gesteigert“.

Die zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes süddeutscher Eisenbahner, die am 19. und 20. Mai in Nürnberg tagte, stellte auf Grund der Referate nachstehendes Minimalprogramm auf: Als Minimumallöhn sollen gelten: für Arbeiter 3,50 Mk. für Arbeiter, die eine sachhandwerkstündige Beschäftigung ausüben, 4 Mk. Es wird den einzelnen Bezirken überlassen, ihren Verhältnissen anpassend und von diesen Mindestlöhnen ausgehend, entsprechende Lohnskalen aufzustellen. Urlaub soll gewährt werden: nach 1 Jahr 3, nach 3 Jahren 5, nach 5 Jahren 8 und nach 10 Jahren 14 Tage, unter Fortbezahlung des Arbeitsverdienstes. An alle Arbeiter sind betreffs der Preisfahrtscheine die gleichen

Rechte einzuräumen, wie den Beamten. Fortbezahlung des Arbeitsverdienstes bei Krankheitsfällen. Bei Invalidität oder dauernder Arbeitsunfähigkeit sind den Renten die Sätze des Beamten-Gesetzes zugrunde zu legen. Ferner soll ein Wohnungsgeldzuschuß nach Bestimmung des Beamten-Gesetzes gewährt werden. Der Hauptvorstand hat ferner dahin zu wirken, daß unter dem Vorsitz des Generaldirektors regelmäßig stattfindende Arbeiterversammlungen einberufen werden. Zu diesen Sitzungen haben die Verwaltungsstellen die Anträge entgegenzunehmen: a) Das unbeschränkte Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Löhne. b) Das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung von Strafen. c) Mitbestimmung bei Fragen sozialer und hygienischer Natur. d) Mitbestimmung bei Fragen betriebswirtschaftlicher Fragen.

Zur Leistungsfähigkeit der Konsumvereine. Ueber einen interessanten Versuch, die Vorteile eines Konsumvereins augenfällig zu machen, wird aus Landsberg a. W. berichtet. Der Konsumverein Landsberg a. W. hatte am Sonntag während des Gewerkschaftsfestes im alten Schützenhause eine Ausstellung veranstaltet. An zwei langen Tischen waren die Kolonialwaren ausgestellt und zwar so, daß den Waren des Konsumvereins bei Landsberger Kaufleuten gekaufte Waren derselben Art gegenüberlagen. Kleine Täfelchen unterrichteten über Preis und Gewicht der Waren sowie darüber, woher sie entnommen waren. Hierbei stellte sich heraus, daß die Konsumvereinsware reicher und besser war, und daß mit verschwindenden Ausnahmen das Gewicht der Kaufmannsware nicht stimmte. — Fast jedes Pfund Süßfrüchte, Zucker, Kaffee usw. wies ein Minderergewicht von 6, 18, 22, ja bis 40 Gramm auf. — Eine bessere Gelegenheit, den Landsberger Arbeiterfrauen sinnfällig vor Augen zu führen, wie vernünftig sie handeln, dem Konsumverein beizutreten, konnte der Verein nicht wählen. Das Interesse der Frauen und ihrer Männer an der kleinen Ausstellung war recht stark und dürfte dem Konsumverein, der so durch die Tat bewies, welchen Grad von Leistungsfähigkeit er hat, manche Mitglieder zugeführt haben.

Sonderversammlung der Konsumvereine, die Wädereien betreiben, aus Anlaß des Düssel-dorfer Genossenschaftstages am 20. Juni 1907. Auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden während der Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine diejenigen Vereine, die Wädereien betreiben, zu einer Sonderversammlung eingeladen. Vorstand und Ausschuss in Verbindung mit dem Vorstand des Wäderverbandes beantragten bezüglich der geäußerten Verhandlungen über den Wädertarif ein Kompromiß, welches dahin geht, daß die Genossenschaften die Arbeitsnachweisbestimmungen des Wädertarifs anerkennen, während die Gewerkschaft der Wäder auf die Bestimmungen bezüglich der Wädemeister verzichtet. Ferner sollen der Vorstand der Wäder und die Mitglieder der Tarifkommission damit beauftragt werden, eine Geschäftsanweisung für den Betrieb der Wäderei nach dem Arbeitsnachweis auszuarbeiten. Nach einer eingehenden Begründung dieses Antrages durch den Vorsitzenden Madestoff und eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, diesen Kompromißantrag bei denjenigen Vereinen, welche nach der Präsenzliste an dem Genossenschaftstage teilgenommen haben, zur schriftlichen Abstimmung zu bringen. Vorstand und Ausschuss wurden mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. Zugleich soll bei dieser Abstimmung auch über die Wiedereinführung des Tarifamtes in der bisherigen Form und mit den bisherigen Mitgliedern Beschluß gefaßt werden. Durch die Abstimmung soll jedoch nur ein Provisorium geschaffen werden, das bis zum nächsten Genossenschaftstage Gültigkeit hat, damit nicht eine tariflose Zeit und eine Störung in den Arbeiten des Tarifamtes entsteht. Die anwesenden bisherigen Mitglieder des Tarifamtes erklärten sich bereit, im Falle der Annahme dieser Anträge, wieder in ihre Funktion eintreten zu wollen.

Der Verband der deutschen Buchdrucker zählt gegenwärtig 50557 Mitglieder, das sind circa 90 Proz. aller Berufsangehörigen. An Beiträgen und Eintrittsgeld vereinnahmte die Organisation im ersten Quartal 1907 721 614,51 Mk. und an Unterstufungen wurden in demselben Zeitraum 115 216,11 Mk. gezahlt. Das Vermögen des Verbandes betrug am 1. April 6217 113,53 Mk.

Die „Trinkfestigkeit“ vom ärztlichen Standpunkte aus. Als „trinkfest“ gilt, wer bewußtlose Getränke in jeder erforderlichen Menge zu sich nehmen kann, ohne betrunken zu werden. Der Trinkfeste genießt in seinem Kreise einen gewissen Ruhm. Der junge Arbeiter, der Konsumvereinsmitglied, der Student — wer unter ihnen hat nicht wenigstens etwas für diesen Ruhm getan? Die Trinkfestigkeit bedarf der Übung. Wie das Genusssüßtrinken auf die Gesundheit wirkt, das kann man sich von ärztlicher Seite lassen. Bekannt ist die hohe Sterblichkeit der Alkoholiker an Magen- und Darmkrebs. Dr. Weinert in Dresden führt eine Liste der Todesursachen der „Trinkfesten“ an. Von

92 Personen starben: 11 an Bierberg, darunter 5 plötzlich; 16 an Herz, Leber und Nierenleiden, zu welchen sich mehrfach ein Gehirnleiden gesellte; 5 an Gallen- und Nierensteinen; 9 an Schrumpfleber und Schrumpfleber; 4 an Strangaderverfälschung; 7 an Lungentuberkulose; 4 an Apoplexie; 3 an Delirium tremens; 7 an progressiver Paralyse; 8 an Zuckerkrankheit; 10 an Krebs; 2 an Rückenmarksinfektion; 6 an Selbstmord. Keiner der 92 starb an Altersschwäche! Im Durchschnitt erreichten diese 92 ein Alter von 55 Jahren, während das Durchschnittsalter anderer 32 Personen, die diesen zur Seite gestellt wurden, nicht unter 63 Jahren war.

Internationale Streikstatistik. So lebhaft wie im April 1906, wo allein in den Vereinigten Staaten von Amerika an 400 000 und in Frankreich annähernd 60 000 Arbeiter streikten, war die Streikbewegung im April dieses Jahres nicht. Weder in Amerika noch in Frankreich erreichte die Streikbewegung in diesem Jahre wieder einen so bedeutenden Umfang, und in den anderen wichtigeren Ländern war sie auch nur wenig lebhafter als vor Jahresfrist. In Deutschland wurden zwar, der Zahl der Streikfälle nach zu urteilen, mehr Streiks begonnen als 1906, die Intensität der Streikbewegung aber war nicht so hoch wie damals. Nur in England war die Streikbewegung nicht allein höher als im Vormonat, sondern es wurde auch reger als im Vergleichsmonat 1906 getreift. Das zeigt sich einmal an der Zunahme der Streikfälle sowie der Beteiligten, sodann an der Zahl der verlorenen Arbeitstage, die die des vorjährigen April bei weitem übersteigt. Wurden 1906 durch Streiks im April 124 500 Arbeitstage verloren, so waren es im April dieses Jahres 148 500. Das größte Kontingent zu der Zahl der Beteiligten stellte der Bergbau; von den 9730 insgesamt Streikenden entfielen allein 5029 auf den Bergbau. Ein umfangreicher Vergarbeiterstreik wurde im Distrikt von Wales angefangen: Mitte April legten 3150 Vergaleute die Arbeit nieder, um Verbesserungen des Betriebssystems durchzusetzen. Die Arbeit wurde nach 5tägigem Streik wieder aufgenommen, ohne daß die Streikfrage entschieden war. Auffallend ist, daß die Lohnfrage diesmal eine viel untergeordnete Rolle spielte, als gewöhnlich; von 39 neu begonnenen Streiks waren nur 8 mit der Forderung auf Lohnerhöhung eingeleitet worden. In 7 Fällen handelte es sich um Organisationsstreiks. Der Erfolg war überwiegend auf Seiten der Arbeiter. In Frankreich war es vornehmlich ein Streik, der das allgemeine Interesse auf sich zog, das war der Streik in der Nahrungsmittelindustrie von Paris. Der Ausstand erstreckte sich in der Hauptstadt auf die Wäder, Zuckerarbeiter, Metzger und Metzner. Die Zahl der streikenden Wäder betrug circa 800, die der Metzger 1100, der Limonadefabriken 452 und die der Metzger und Metzner endlich annähernd 2000. In der Zuckerfabrik in St. Denis bei Paris traten am 16. April etwa 1000 Arbeiterinnen in den Ausstand. Außer diesem Generalstreik der Pariser Nahrungsmittelarbeiter sind aber noch einige andere Ausstände bemerkenswert. So traten in Nantes etwa 1000 Tabakarbeiter in den Ausstand, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Ein anderer Streik, der in Mevins im Departement Ardennes begonnen wurde, erstreckte sich auf 2000 Metallarbeiter. In Italien ist vornehmlich ein Generalstreik zu nennen, der am 19. April in Savona eingeleitet wurde. Auch die Hafenarbeiter nahmen an dem Streik teil. In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Rußland verlief die Streikbewegung ziemlich ruhig, in Amerika wich sie stark von der vorjährigen Hochflut ab.

Online des Verbandes.

Karl Kruk, Magdeburg,

† 21. Juni 1907 im Alter von 63 Jahren.

Franz Ott, Mannheim,

† 22. Juni 1907 im Alter von 64 Jahren.

Chr. Wahl, Frankfurt a. M.,

† 23. Juni 1907 im Alter von 38 Jahren.

Karl Friedrich, Zwickau,

† 24. Juni 1907 im Alter von 64 Jahren.

Joh. Braun, Göttingen,

† 26. Juni 1907 im Alter von 63 Jahren.

Karl Hüfner, Leipzig,

† 27. Juni 1907 im Alter von 54 Jahren.

Andreas Senkel, Erlangen,

† 27. Juni 1907 im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Gau Mannheim.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß sich das Gau-bureau jetzt Mannheim 74 Nr. 4 befindet.

Der Gauleiter: H. G. d. m. n.